

II-4070 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 20841J

1991 -12- 04

A n f r a g e

der Abgeordneten Haigermoser, Rosenstingl, Mag. Haupt  
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten  
betreffend Förderung der Nahversorgung

Auf die Argumente, welche für die notwendige Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung einer funktionierenden Nahversorgung sprechen, braucht wohl in diesem Rahmen nicht näher eingegangen zu werden.

Erwähnung möge lediglich das Faktum finden, daß aus mannigfachen Gründen die Nahversorgung, insbesondere im ländlichen Raum, vor dem Kollaps steht.

Einer der Hauptgründe für die zahlreichen Betriebsaufgaben von Klein- und Mittelkaufleuten ist der immer größer werdende Anteil am Gesamtumsatz der einzelnen Geschäfte von sogenannten "Sozialartikeln", wie z.B. Milch, Brot, Fette etc. Bei den genannten Artikeln ist der Rohaufschlag so gering, daß nicht einmal die Manipulationskosten gedeckt werden können, von einem Rohgewinn ganz zu schweigen.

Nun hat der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten bei einer Podiumsdiskussion anlässlich des Lebensmittel-Gremialtages am 12. Oktober 1991 in Salzburg einen interessanten Vorschlag gemacht, welcher nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten wert ist, in weitere Überlegung gezogen zu werden. Dieser Vorschlag gipfelte darin, die Mehrwertsteuer für Nahversorger in Form eines Abschlages von 3 Prozentpunkten zu senken.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

**A n f r a g e :**

1. Können Sie Ihren oa. Vorschlag im Rahmen der Beantwortung dieser parlamentarischen Anfrage näher präzisieren?
2. Haben Sie bereits erste Kontakte mit den zuständigen Stellen zur Aufnahme von Verhandlungen betreffend Ihres Vorschlages aufgenommen?
3. Bis zu welchem Zeitpunkt werden die Verhandlungen betreffend eine MWSt-Senkung für Nahversorger voraussichtlich abgeschlossen sein?
4. Bis wann werden Sie dem Nationalrat, gemeinsam mit dem ebenfalls zuständigen Bundesminister für Finanzen, eine entsprechende Regierungsvorlage vorlegen?